Bericht aus Berlin – Nr. 20 vom 14. Oktober 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir die letzten Jahre und Jahrzehnte Revue passieren lassen, dann stellen wir im Vergleich mit den aktuellen Entwicklungen unserer Tage fest: Ja, wir leben ***momentan in sehr bewegten – und in vielerlei Hinsicht auch in unsicheren Zeiten.*** Ein Krieg auf europäischem Boden, die Angst vor Atomwaffen, Corona, drohende Stromausfälle, ein möglicher Winter ohne Heizung für manche und immer weiter steigende Preise – insbesondere für Energie – sowie eine sich andeutende neue Flüchtlingskrise. All dies sind in der Tat keine guten Aussichten. Vieles davon bedroht uns in unserem Alltag direkt und man wünscht sich nun Politiker und insbesondere eine Bundesregierung, die überlegt und angemessen (re-)agieren und die – vor allem ***einen klaren Plan*** haben!

Doch genau das ist in der momentanen Situation leider überhaupt nicht gegeben. Die Bundesregierung stochert im volkswirtschaftlichen Nebel umher und versucht durch einige – zumeist recht planlose und wenig zielführende – Aktionen, den Menschen in unserem Land vorzugeben, dass sie etwas unternimmt. So leider auch bei der, zur Abklärung einer möglichen Reduktion des Gaspreises eingesetzten, Gaspreiskommission, die nun ein Zwischenergebnis ihrer Arbeit vorgelegt hat. Dieses Ergebnis habe ich – und auch die gesamte CDU/CSU-Bundestagsfraktion – mit Respekt, großem Interesse, aber auch mit etwas Verwunderung zur Kenntnis genommen. Wir als Unionsfraktion werden den weiteren Diskussionsprozess konstruktiv begleiten. Denn, ***eine zielgerichtete und spürbare Entlastung der Privathaushalte und ebenfalls der Unternehmen ist dringend erforderlich.*** Insbesondere muss vermieden werden, dass weiterhin Geld *„mit der Gießkanne“* an alle verteilt wird, wodurch die wirklich Bedürftigen zu kurz kommen. Das ist eines unserer zentralen und dringlichsten Anliegen an die Bundesregierung in diesen Tagen.

Denn die Regierung hat deutlichen Nachholbedarf, da sie ***über den Sommer wertvolle Zeit hat verstreichen lassen.*** Unter anderem durch das sture Festhalten an der schlicht unsozialen und handwerklich schlecht konzipierten Gasumlage. Hätte die Bundesregierung im Bereich der Energiepolitik rechtzeitig gehandelt, dann gäbe es bereits in diesem Winter die Möglichkeit einer Gaspreisbremse. Stattdessen ist die Gaspreiskommission nun gezwungen gewesen, eine ***Einmalzahlung an alle Gaskunden als Notinstrument*** vorzuschlagen. Diese Untätigkeit der Ampel-Regierung hat für viele Menschen und Unternehmen reale Folgen: sie erleben Existenznot.

Das nun von der Gaspreiskommission avisierte Volumen von 5 Mrd. € für eine Einmalzahlung im Monat Dezember, erscheint mir mit Blick auf die Entlastungswirkung für diesen Winter leider nur sehr ungenügend zu sein, da sie erst nach der Heizperiode greift. Das ist niemandem zu erklären. Und auch die Höhe der Erstattung des Abschlags für Dezember auf Basis des Abschlags im September sehen wir als Union kritisch, da viele Haushalte ihre Erhöhungen erst mit der Einführung der lange geplanten Gasumlage zum 1. Oktober 2022 erhalten haben. Bereits jetzt steht daher für uns fest: ***Preisbremse und Eimalzahlungen ersetzen nicht die Notwendigkeit der Nutzung aller Potenziale der Energieerzeugung.*** So hat die Ampel-Regierung sich immer noch nicht zu einer Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke durchringen können. Und letztlich ***können nur durch eine Steigerung des Energieangebots die Preise auch wieder fallen.*** Darüber hinaus kommt es im Gesamtkonzept der Gaspreiskommission auch darauf an, ***Antworten auf Preissteigerungen bei anderen Energieträgern wie etwa bei Strom, Öl und Pellets zu geben.*** Denn auch diese werden immer teuer und es ist daher notwendig, ***auch die Nutzer anderer Energieträger als Gas entsprechend der jeweiligen Notwendigkeiten zu entlasten.*** Eine ausschließliche Förderung der Gaskunden ist unfair.

Ich wünsche Ihnen dennoch
ein schönes Wochenende, Ihr

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

Die Bundesregierung lässt die Bodenseeregion beim Straßenbau im Stich

Vor einigen Wochen stellte ich eine ***offizielle Anfrage zum Weiterbau der Bundesstraßen am See an das Bundesministerium für Digitales und Verkehr*** (BMDV). Leider war die Antwort darauf wie erwartet: keine konkreten Aussagen dazu, wann endlich weitergeplant wird, damit die Menschen am Bodensee die langersehnte Verkehrsentlastung, insbesondere auf der B31 aber auch der B30, erwarten dürfen. ***Leider drängt sich hier der Verdacht auf, dass gezielt verschleppt wird,*** obwohl wir jetzt schon seit Jahrzehnten auf eine Lösung insbesondere für das Verkehrschaos zwischen Meersburg und Immenstaad warten! Wir brauchen jetzt ***klare Zeithorizonte,*** wann endlich das Nadelöhr Hagnau beseitigt, aber auch Meckenbeuren durch eine leistungsfähige Umgehung entlastet wird – also wann letztendlich Bundesstraßen zur Verfügung stehen, die den gestiegenen Verkehrsmengen auch gewachsen sind. Eine Antwort auf diese Fragen habe ich jetzt in einer ***erneuten offiziellen Anfrage*** angefordert.

Die B 31 zwischen Immenstaad und Meersburg (hier bei Hagnau) ist ein belastendes Nadelöhr für die Bodenseeregion!

Austausch mit Schweizer Abgeordnetenkollegen

Am vergangenen Wochenende hielten ***meine Kolleginnen und Kollegen der Fraktion „Die Mitte/EVP" des Kantonsrates Thurgau*** auf der deutschen Bodenseeseite ihre ***Fraktionstagung*** ab. Dabei habe ich mich im Rahmen eines Treffens mit der rund 30-köpfigen Delegation ***über europäische und regionale Themen*** ausgetauscht. Jean-Christophe Thieke, CDU-Gemeinderat in Uhldingen-Mühlhofen, ergänzte die Runde, denn ein Schwerpunkt der Gespräche war der ***öffentliche Personennahverkehr um und auf dem Bodensee.*** Dabei wurde klar, dass sich beide Seiten, insbesondere bei der Bahn, mehr Zusammenarbeit bis hin zu einem gemeinsamen, gut getakteten Netz um den Bodensee wünschen. Es freut mich sehr, dass die Thurgauer EVP, die sich als eidgenössische Schwesterpartei der CDU sieht, in unserem Wahlkreis getroffen hat. Dies zeigt, wie wichtig den Verantwortungsträgern der beiden Parteien der grenzüberschreitende Austausch ist. *Auf dem Bild zu sehen, von links:* Regierungsrat Dominik Diezi, Volker Mayer-Lay MdB, Kantonsrätin Käthi Zürcher-Eberle, Gemeinderat Jean-Christophe Thieke, Fraktionspräsident der EVP Thurgau Gallus Müller-Untersander.

Mit den Schweizer Kolleginnen und Kollegen.

Hohe Energiepreise: Gespräch mit Gastwirten in Hagnau

In den letzten Wochen erreichten mich zahlreiche verzweifelte ***Hilferufe von Unternehmen*** – insbesondere aus der Gastronomie und von Bäckereien. Viele sind, ***aufgrund der steigenden Energiepreise, aber auch wegen des immer massiver werdenden Fachkräftemangels, am Limit.*** Aus diesem Grund traf ich mich am Donnerstag der vergangenen Woche im „Löwen" in Hagnau, der nicht nur Hotel und Restaurant, sondern auch eine Bäckerei umfasst, mit einigen Gastwirten. So wurde mir u.a. von der Betreiberfamilie Bröcker und dem zweiten Vorsitzenden der DEHOGA Bodenseekreis, Uwe Felix vom Hotel Traube am See in Friedrichshafen, auf drastische Art und Weise vorgerechnet, wie erschreckend die Situation bei den derzeitig vorherrschenden Energiepreisen tatsächlich ist. ***Denn diese und die damit einhergehende allgemeine Teuerung, lässt ein einträgliches Wirtschaften für die Unternehmen kaum mehr zu. Wo bleiben lange notwendige zielgerichtete Förderprogramme für Wirtschaft, Mittelstand und Geringverdiener?*** Viel zu lange geschah und geschieht hier wenig bis gar nichts. **Nun ist es fünf nach 12!**

Nach dem sehr informativen Gespräch in Hagnau.

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

Wir am See

Großes Jubiläum in Markdorf – 30 Jahre Familienforum und 15 Jahre Mehrgenerationenhaus

Vergangenen Freitag war ich zu einem nicht alltäglichen Jubiläum nach Markdorf eingeladen: 15 Jahre Mehrgenerationenhaus und 30 Jahre Familienforum Markdorf! Dies wurde in einem ***großen Festakt in der Stadthalle Markdorf*** gefeiert. Dort gehörten auch Landrat Lothar Wölfle und Bürgermeister Georg Riedmann zu den Gratulanten; auf dem *Bild mit mir* (v.l.) mit Christin Jungblut und Renate Hold vom Leitungsteam des Mehrgenerationenhauses. Das ***Motto „miteinander - füreinander", wird hier tatsächlich jeden Tag gelebt*** – das Mehrgenerationenhaus in Markdorf gehört zu den 25 besten Einrichtungen bundesweit! Insgesamt sind hier ca. 200 Personen ehrenamtlich tätig und ***repräsentieren unsere Gesellschaft im Kleinen und tragen so zu ihrem Funktionieren bei.*** Ob Vereinbarkeit von Familie und Pflege, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Demokratieförderung, digitale Bildung oder ökologische Nachhaltigkeit: Hier wird vorbildlich vorgelebt. Der Bund fördert dies mit seinem Programm mit bis zu 40.000 € jährlich, dazu kommen Finanzierungen durch die Stadt Markdorf, dem Bodenseekreis und dem Land.

Beim großen Festakt in der Stadthalle in Markdorf.

Fakten und Meinungen

Weitere Themen der Woche

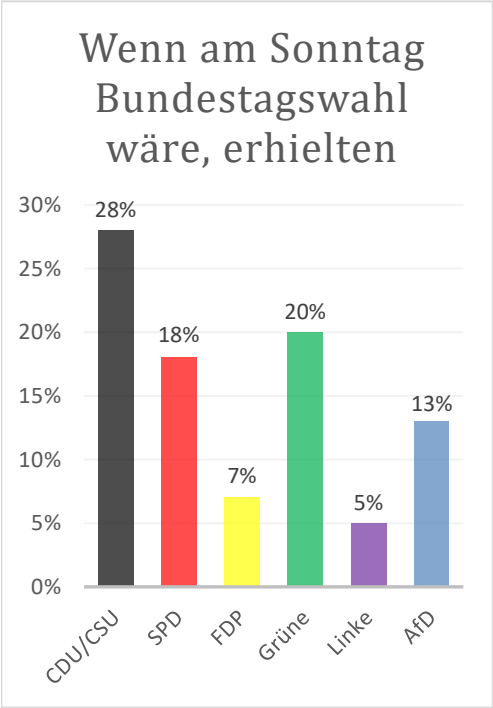
Deutscher Sonderweg bei der Migration muss enden

Die stark steigende Zahl von Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, erfordert eine klare Reaktion der Bundesregierung. Diese lässt Länder und Kommunen bisher im Stich, obwohl große Mengen an ukrainischen Flüchtlingen aufgenommen wurden, Kapazitäten vielerorts erschöpft sind und sich wieder viele Menschen auf die Balkanroute begeben. Der EU-Türkei-Deal scheint nicht mehr zu halten. Trotz des klaren Bekenntnisses zu unseren humanitären Verpflichtungen muss auch klar sein, dass die Aufnahmekapazitäten den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen müssen. Es darf keine weiteren Anreize zur irregulären Migration geben. Geschieht nichts, stehen wir – bei bislang knapp 150.000 Asylsuchenden in diesem Jahr und einer Million Ukrainern – vor der nächsten Migrationskrise.

Neue Eskalation im seit fast 8 Monaten tobenden Ukrainekrieg

In dieser Woche wurde uns allen wieder einmal aufs Neue bewusst, ***wie brutal Russland seit Ende Februar in der Ukraine Krieg führt.*** Dabei ***wird die Zivilbevölkerung absichtlich ins Visier genommen*** – Russland versucht über größtmögliche Zerstörung und Leid unter den Zivilisten, den Willen der Ukrainerinnen und Ukrainer zu brechen. Das Scheitern dieser Strategie kann man in den letzten Wochen klar erkennen. Wie sehr der russische Präsident Putin nun wohl mit seinen Optionen am Ende ist, zeigt sich in den massiven Raketenangriffen dieser Woche auf nahezu ausschließlich zivile Ziele, wie Einrichtungen zur Energieversorgung, in der Ukraine. Ein derartiges geplantes Vorgehen – das er ja sogar offiziell zugegeben hat – ist ***ein klares Kriegsverbrechen und muss – ebenso wie Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland – auf das Schärfste verurteilt werden!***

AKTUELLE UMFRAGE
„Wäre am Sonntag Wahl!"



Quelle: Forsa, 11.10.2022

Zitat der Woche

„Dabei geht die russische Führung nicht mehr strategisch vor, sondern sie schlägt wild um sich, je mehr sie unter Druck gerät."
Russland-Experte Stefan Meister in FOCUS-online am vergangenen Dienstag.

Kleine Terminauswahl

Sa.,	**15.10.2022**			**Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen.**
Mo.,	**17.10.2022**	**bis**	**Fr. 21.10.2022**	**Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.**
Sa.,	**22.10.2022**			**Bezirksparteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern in Blaubeuren.**
Di.,	**25.10.2022**			**Ortsjahreshauptversammlung der CDU Oberteuringen.**